Nach der Tat kommt der Kampf mit dem Amt

Eineinhalb Jahre nach einer Messerattacke in Vechelde wartet Nicole D. noch immer auf Entschädigung. Eine Reportage über Trauma und Bürokratie.

Von Erik Westermann, Braunschweiger Zeitung, 05.05.2026

Nicole D. erinnert sich an jedes Detail des Tages, an dem ihre Welt zerbrach: die Herbstsonne, ihr Sohn neben ihr, das Scharren des Besens auf dem Bürgersteig, die raschelnden Blätter. Dann explodierte die Gewalt. Ein Messer, ein Angriff von hinten. Zwei Stiche in den Rücken. Dann: fünf Tage Intensivstation, der Geruch von Desinfektionsmittel, Schmerzen, Todesangst.

Oktober 2025. Ein Jahr danach. Nicole D. (49) sitzt an einem hellen Holztisch in ihrer Wohnung, wenige Meter vom Tatort entfernt. In ihr dunkles Haar mischen sich graue Strähnen, sie trägt einen Pferdeschwanz und eine schwarze Brille. Eine entschlossene Frau, die viele Jahre als Pflegekraft arbeitete. Eine tief verletzte Frau am Ende ihrer Kraft.

Nicole D. ist noch immer gefangen – körperlich, psychisch, finanziell. Der Herbst, früher ihre liebste Jahreszeit, ruft jetzt Erinnerungen wach, bei jedem Schritt vor die Tür. Farben, Geräusche, der Geruch von Laub. Bilder, gegen die sie nicht ankommt.

Für diesen Text hat unsere Redaktion die alleinerziehende Mutter über Monate begleitet. Wir waren vor Gericht dabei, konnten Unterlagen und Behördenschreiben einsehen und ihre eigenen Notizen lesen.

Ich schreibe, weil ich als Opfer einer schweren Gewalttat nicht nur um mein Leben kämpfen musste – sondern auch um Gehör und Unterstützung. Denn was viele nicht sehen: Nach der Tat beginnt ein zweiter Kampf. Ein leiser, zäher, erschöpfender. Einer, der von Formularen, Anträgen, Wartezeiten, Ablehnungen und Ohnmacht geprägt ist. Und in all dem bleibt man vor allem eines: allein.

217.000 Menschen waren laut Kriminalstatistik im Jahr 2024 von Gewalt betroffen. Was Nicole D. erlebt, ist also alles andere als ein Einzelfall. Doch im Scheinwerferlicht stehen meist die Täter. Die Verletzten treten nur kurz aus dem Schatten. Danach wird es wieder dunkel. Dieser Text soll das Licht anschalten. Dafür müssen wir noch einmal zurück an den Anfang.

Die Minuten der Tat – und ein Leben mit den Folgen

Oktober 2024, ein gelbes Mehrfamilienhaus. Der Wind weht bunte Blätter durch die Straßen von Vallstedt, Gemeinde Vechelde, Landkreis Peine. 1379 Einwohner, ein Schlachter, kein Supermarkt. Nicole D., ihr Sohn und ihre Nachbarn haben sich verabredet: erst fegen, dann grillen.

Martin S.* ist nicht dabei. Die Hausgemeinschaft sorgt sich seit Jahren um den jungen Mann. Sein Bart wird länger, seine Äußerungen immer wirrer. S. konsumiert Cannabis und Amphetamine, kommt in die Psychiatrie – entlässt sich aber immer wieder selbst.

Martin S. hört Stimmen, fühlt sich verfolgt, schreibt lange Mails an Geheimdienste und verfasst Sprachnachrichten an die Hausbewohner. Darin droht er: Er habe sich eine Pistole besorgt. „Ich komme mit einer Armee, die alle tötet." Er ist überzeugt, seine Nachbarn würden ihn absichtlich in den Wahnsinn treiben. Sie informieren die Polizei. Doch die wertet die Drohungen als unkonkret.

Während seine Nachbarn draußen fegen, steckt Martin S. ein Jagdmesser ein – 12 Zentimeter lang, glatte Klinge, orangefarbener Griff. Er geht aus dem Haus in Richtung Bushaltestelle an ihnen vorbei, kehrt um – und sticht wortlos zu. Das erste Opfer: der Sohn von Nicole D. Der 18-Jährige kann verletzt fliehen.

Nicole D. hört ihn noch schreien, dann spürt sie einen Stich im Rücken. „Es ging alles so schnell." Zentimeter neben der Wirbelsäule dringt der Stahl in ihren Körper. Der rechte Lungenflügel kollabiert, mehrere Brustwirbel und zwei Rippen brechen. Der Freund eines Nachbarn geht mit einem Besen dazwischen, nach einem zweiten Stich lässt S. von Nicole D. ab. Am Ende sind vier Menschen verletzt. Davon zwei schwer.

„Ohne ärztliche Versorgung hätte Frau D. versterben können", halten die Richter später fest. Sie ist sich sicher: „Ohne Hilfe wäre ich tot."

Bis heute könne sie ihren rechten Arm nicht richtig heben, das Atmen falle ihr schwer. Bilder der Tat überwältigten sie, oft aus dem Nichts. Sie vermeide Menschenmengen und schlafe schlecht – „Es hört einfach nicht auf". Ärzte diagnostizieren bei ihr eine posttraumatische Belastungsstörung.

Zu arbeiten, sagt Nicole D., sei seitdem kaum möglich. Schon vor dem 19. Oktober 2024 war die Altenpflegerin angeschlagen – die Stiche gaben ihr den Rest.

Der Nachbar vor Gericht: „Ich habe den Teufel gesehen"

März 2025. Zum ersten Mal seit der Tat begegnet Nicole D. wieder dem Mann, der ihr Leben zerstört hat – nicht in ihrem Treppenhaus, sondern im größten Saal des Landgerichts Braunschweig.

Martin S. wird in Handschellen hereingeführt. „Ich habe den Teufel gesehen", sagt er in den Saal. Seine Haare sind strähnig, die Augenringe dunkel. Warum er seine Nachbarn angriff, lässt sich logisch nicht erklären. „Sie haben Abscheuliches mit meinem Herzen und meiner Seele gemacht."

Der Gutachter spricht von paranoider Schizophrenie und Wahnvorstellungen. Die Richter stellen fest: Martin S. war schuldunfähig. Sie schicken ihn auf unbestimmte Zeit in die forensische Psychiatrie.

Beim Prozess ist Nicole D. zum ersten Mal nicht nur Opfer, sondern Beobachterin eines Systems, das urteilt. Ihr Schock weicht einem dünnen Zorn, der unter ihrer Fassungslosigkeit liegt.

Die Richter stufen den Angriff „nur“ als gefährliche Körperverletzung ein. Für Nicole D. ein Mordversuch. Einerseits tut ihr Martin S. leid, sie will, dass er Unterstützung bekommt. Doch was, wenn man ihn nun früher entlässt, weil die Tat als weniger schwer bewertet wird?

Die Justiz? Korrekt und routiniert. Der Richter war erfahren, geübt im Umgang mit psychisch kranken Tätern. Am Tag des Urteils sprach er uns Anerkennung aus, weil wir immer anwesend waren. Aber ich war nicht da, weil ich nichts Besseres zu tun hatte. Ich musste dort sein, um zu verstehen. Warum ist das passiert? Warum uns? Und wieso hat das System vorher nicht funktioniert?

Der Vorsitzende sagt, von Martin S. gehe weiterhin „erhebliche Gefahr“ aus, er habe erst „den halben Weg geschafft“. Er sagt, die Tat wäre womöglich zu verhindern gewesen – hätte man auf die Warnungen der Nachbarn gehört.

Nicole D. fühlt sich verloren, als sie das hört – und noch weniger sicher als ohnehin.

Leben mit dem Trauma: Wenn der Therapeut einschläft

Ein Jahr nach der Tat weiß Nicole D., wie man Anträge stellt – aber nicht, wie man wieder unbeschwert lebt. Freunde? Seit dem Angriff sind ihr nur wenige geblieben.

Manche fragen nicht einmal, was passiert ist. Sie gehen auf Distanz – das verletzt mehr als jedes Urteil. Und trotzdem verstehe ich sie irgendwie. Unser Leben ist schwer auszuhalten, gerade für Außenstehende, die oft nicht wissen, wie sie mit uns umgehen sollen. Manchmal weiß ich das selbst nicht.

Also halten die Opfer zueinander. Am ersten Jahrestag des Angriffs treffen sie sich. Wieder wollen sie im Garten grillen, wie schon im Jahr zuvor. Damals kam der Angriff dazwischen, dieses Mal der Regen. Also sitzen sie drinnen und reden – stundenlang. Über alles Mögliche, nur nicht über die Tat. Sie lachen und schweigen gemeinsam. „Das hat wahnsinnig gutgetan“, sagt Nicole D.

Am nächsten Morgen holt die Realität sie wieder ein. Ihr Sohn ist in psychologischer Behandlung. Sie selbst hofft bis heute vergeblich auf eine Traumatherapie in erreichbarer Nähe. Bei der Suche ist sie auf sich selbst gestellt. Auf die erste musste sie neun Monate warten – um sie dann nach wenigen Sitzungen abzubrechen.

Der Therapeut und sie: Das hat nicht funktioniert. Erst habe er ihr Vorwürfe gemacht, als seine Methoden nicht halfen. Dann sei er in Sitzungen eingeschlafen, erzählt sie. (Der Therapeut weist die Vorwürfe zurück. Er nennt Nicole D. „undankbar“ und sagt, das sei nicht passiert – oder es müsse ein Missverständnis sein: Das Schließen der Augen sei ein Zeichen besonderer Konzentration. Auf einem mittlerweile gelöschten Bewertungsprofil im Internet findet man ein halbes Dutzend Einträge mit ähnlichen Beschwerden über ihn.)

Nicole D. sagt: „Danach war mein Vertrauen weg.“ Seitdem falle es ihr noch schwerer, Unterstützung zu suchen. Besuche einer psychiatrischen Ambulanz halten ihren Kopf über Wasser. Bald endet auch diese Übergangslösung. Sie notiert:

Ich muss wieder funktionieren, zurück ins Leben kommen. Und ich weiß: Ein nicht verarbeitetes Trauma kommt irgendwann wieder hoch.

Was Nicole D. erlebt, widerfährt auch anderen: Die Wartelisten sind lang. Ausgerechnet die am schwersten Erkrankten finden keinen Therapieplatz. Im Durchschnitt dauert es sechs Monate, im ländlichen Raum oft länger.

Zu wenige Therapeuten sind auf die Behandlung von Traumata spezialisiert, sagt Doris Böning. Zu wenige wollen die schweren Fälle behandeln. Die resolute Anwältin aus Salzgitter mit den wallenden grauen Haaren vertritt seit mehr als 30 Jahren Opfer von Straftaten – so auch Nicole D.

Therapieplätze gesucht, Wartelisten gefunden

Eine Forderung, der sich Nicole D. anschließen würde – aber eben ausdrücklich auch mit Blick auf die Opfer.

Martin S. ist psychisch krank. Er hat im Vorfeld Hilfe gesucht – sie wurde ihm nicht gewährt. Nicht so, wie er sie gebraucht hätte. Und das ist vielleicht das Bitterste: Diese Tat hätte verhindert werden können, wenn jemand hingesehen hätte. Wirklich hingesehen. Ich wünsche mir, dass er Hilfe bekommt. Nicht nur jetzt in der forensischen Klinik, sondern auch später, wenn er wieder entlassen wird.

Sie will, dass Täter Unterstützung erhalten.

Nur eben nicht auf Kosten der Opfer.

Opfersein als Armutsfalle: Wenn Unterstützung zu spät kommt

Januar 2026. Die Felder sind schneebedeckt, als läge ein Laken über dem Land. Für Nicole D. hat sich nichts geändert: Jeder Tag ein Kampf. Die Tat liegt mehr als ein Jahr zurück, aber sie ist noch immer nicht vorbei.

Die körperlichen Schmerzen sind geblieben, die Flashbacks auch. Dazu kommt ein Gefühl, das sie vorher nicht kannte: Scham. Ihre Rücklagen sind aufgebraucht, Nicole D. lebt von Bürgergeld. Kurz danach kann sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen. Sie muss den Offenbarungseid ablegen.

Die Tat hat ihren Körper verletzt, der Absturz ihre Würde. Das Messer hat sie überlebt. Nun droht ihr Leben an Formularen und Fristen zu zerschellen.

Weil sie im Großen nichts ändern kann, renoviert Nicole D. ihre Wohnung. Sie rückt das Regal an eine andere Stelle, streicht die Wände, ärgert sich über Kleckse auf dem Teppich. Ein Versuch, Kontrolle zurückzugewinnen, wenigstens über diesen einen Raum.

Lange wird sie hier nicht mehr bleiben dürfen. Das Jobcenter hat sie aufgefordert, sich eine günstigere Unterkunft zu suchen. Ihre Miete liegt 93 Euro über dem Satz. Die Wohnung, sagt sie, „ist für mich der letzte Rest von Normalität“.

Eigentlich gibt es staatliche Hilfe, früher „Opferentschädigung“ genannt. Sie soll genau solche Abstürze verhindern. Nicole D. stellte im November 2024 einen Antrag beim Landesamt für Soziales, Jugend und Familie. Eineinhalb Jahre später wartet sie noch immer auf den Bescheid. Für ihre Anwältin Doris Böning traurige Routine. „Selbst bei eindeutigen Fällen wie diesem“, sagt sie.

Das Landesamt verweist auf „gesetzliche Vorgaben“ und eine notwendige Einzelfallprüfung. Steffen Hörning, Landesvorsitzender der Hilfsorganisation Weißer Ring, spricht hingegen von einer „Ablehnungskultur“ der Behörden und einer „Zumutung“ für traumatisierte Opfer.

Laut dem Weißen Ring haben die Versorgungsämter in Deutschland 2023 genau 23,4 Prozent der Anträge auf Opferentschädigung anerkannt. Der Verein geht davon aus, dass viele Betroffene ihre Anträge zurückziehen, weil die teils jahrelangen Verfahren sie stark belasten. Das Landesamt für Niedersachsen erklärt auf Anfrage: Eine durchschnittliche Verfahrensdauer werde „nicht erhoben“.

Auch bei der Rentenversicherung scheitert Nicole D. Die Behörde lehnt ihren Antrag auf Erwerbsminderungsrente ab: „Sie erfüllen nicht die medizinischen Voraussetzungen.“ Grundlage ist das Gutachten einer Psychiaterin. Relevante Traumafolgen sieht sie keine – entgegen der Einschätzung anderer Ärzte und Psychologen. Über den Widerspruch werde voraussichtlich im Mai entschieden, teilt die Versicherung auf Anfrage mit.

Nicole D. glaubt zu wissen, warum der Antrag abgelehnt wurde: „Die Kassen sind leer.“ Ihre Anwältin sagt, Behörden würden gezielt Gutachter suchen, die negative Einschätzungen liefern.

Für Nicole D. fühlt es sich an, als ob ihr Leben in Aktenordnern versickert. Sie schreibt:

Ich schäme mich, auf staatliche Hilfe angewiesen zu sein. Ich habe alles versucht, dem Abstieg zu entkommen. Heute muss ich beim Jobcenter um Fahrkarten für den Schulweg meines Sohnes bitten. Wir sind in einem System gefangen, das überfordert ist und zu oft über Menschen hinweggeht. Ich habe mir wahrhaftig nicht ausgesucht, in dieser entwürdigenden Situation zu stecken.

Und in die Scham mischt sich etwas Neues: das leise Gefühl, im Stich gelassen zu werden.

Zwischen Akten und Angst: Wenn Alltag zum Verfahren wird

April 2026. Drei weitere Monate sind vergangen. Die Briefe der Behörden werden nicht weniger, ihre Kraft schon. Manchmal klingt Nicole D. verbittert, dann wieder trotzig entschlossen. „Nichts funktioniert einfach mal so.“

Die Noten ihres Sohnes sind eingebrochen. Vor einigen Wochen bekam sie Post von der Schule: Er hat die Zulassung zum Abitur verpasst. Für Nicole D. ist das mehr als eine schlechte Nachricht. Es ist das Gefühl, dass die Tat nun auch die Zukunft ihres Kindes trifft. Sein Leidensweg wäre eine eigene Geschichte.

Sie will ein Buch über ihre Erlebnisse schreiben, die ersten Kapitel sind fertig. Von A wie Angriff bis O wie Opfer. Doch sie kommt nicht voran. „Nach einer halben Stunde ist ihre Konzentration weg.“ Dann kreisen die immergleichen Fragen: Warum wir? Warum hilft niemand?

Manchmal hadert sie, dann lacht sie plötzlich laut, als wolle sie die Gedanken verscheuchen. „Bloß nicht unterkriegen lassen“, murmelt sie – mehr zu sich selbst als zu ihrem Gegenüber. Kater Emil streift um ihre Beine. Ganz wie früher. Doch sie ist heute eine andere.

Ich hätte mir nach der Tat eine helfende Hand gewünscht. Jemanden, der nicht nur Dienst nach Vorschrift macht, sondern mich sieht. Ob Jobcenter, Rentenversicherung oder Landesamt – niemand fühlt sich zuständig. Überall läuft man gegen Wände. Wirklich versucht zu helfen, hat nur der Weiße Ring. Und meine Anwältin, die zwar überlastet ist, aber zuhört. Ansonsten schiebt jede Behörde die Zuständigkeit weiter. Wohl in der Hoffnung, dass man irgendwann aufgibt.

Anwältin Doris Böning hört solche Sätze häufiger. „Es hat sich in den vergangenen 20 Jahren in Sachen Opferhilfe einiges getan“, sagt sie. „Aber da ist noch viel Luft nach oben.“ Was fehle, sei ein fester Ansprechpartner – ein Opferlotse. Jemand, der für Menschen wie Nicole D. den Weg durch Ämter, Praxen und Gerichte koordiniert. Finanziert vom Staat, nicht von Vereinen oder Stiftungen. Steffen Hörning vom Weißen Ring sagt: Entschädigung und therapeutische Versorgung blieben „die großen Baustellen“.

„Wir wollen wieder leben, nicht nur überleben“

Seit dem Angriff schließt Nicole D. hinter sich ab, sobald sie die Wohnung betritt. Klingelt es unerwartet, späht sie durch den Türspion, bevor sie öffnet. Sie fürchtet, dass Martin S. bald Freigang erhalten könnte. Zwar hat ihm der Vermieter ein Hausverbot erteilt, doch seine Großeltern wohnen nebenan.

Nicole D. weiß, dass S. keine Gefahr darstellt, wenn er seine Medikamente nimmt und in festen Strukturen lebt. Und sie will, dass er eine neue Chance erhält. Aber die Angst bleibt. „Wenn er uns etwas Böses will, kann ich nichts dagegen tun.“

Sie erinnert sich, wie Mitte April ein Brief ihrer Anwältin eintrifft. Sie sitzt am Küchentisch, als sie ihn öffnet. Es sind nur ein paar Zeilen: Martin S. erhält Vollzugslockerungen. Sie liest sie zweimal, wie betäubt. „Jetzt ist alles wieder da. Das ging mir durch den Kopf.“

Aus Schock wurde Zorn, aus Zorn Müdigkeit, aus Müdigkeit zäher Trotz. Aus ihrer Hilflosigkeit hat Nicole D. mittlerweile eine Forderung gemacht, die sie in einem offenen Brief formuliert:

Ich wünsche mir, dass die Justiz nicht nur auf das Strafmaß schaut, sondern auch auf die seelische Situation der Opfer.

Dass Trauma nicht als „Privatsache“ gilt, sondern als Folge einer Tat, die genauso ernst genommen wird wie ein gebrochener Knochen.

Dass es Strukturen gibt, die Menschen wie meiner Familie und mir sofort zur Seite stehen – psychologisch, juristisch, finanziell und menschlich.

Ich wünsche mir, dass wir wieder Kraft finden, gesund zu werden und selbst für uns zu sorgen – dass mein Sohn und ich wieder leben, nicht nur überleben.

Und ich wünsche mir, dass niemand vergisst: Hinter jeder Fallnummer steckt ein Mensch. Mit einer Geschichte. Mit Schmerz. Und mit Hoffnung.

*Name geändert

Infokästen

1. **Der Maßregelvollzug**

Wer eine schwere Tat begeht, aber wegen einer psychischen Erkrankung vermindert schuldfähig oder schuldunfähig ist, kommt nicht ins Gefängnis, sondern in die

forensische Psychiatrie. Im Durchschnitt verbringen Menschen dort etwa sechs Jahre. Eine Obergrenze gibt es nicht.

Bundesweit sind mehr als 10.000 Menschen im Maßregelvollzug untergebracht, verteilt auf 78 Kliniken. Das System gilt als überlastet, Fachkräfte und Betten fehlen, kritisiert die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter. Manche Patienten schlafen auf den Fluren, andere warten monatelang auf einen Platz.

In unserer Region ist Königslutter die einzige solche Klinik. Im Bericht der deutschen Anti-Folter-Stelle für 2024 wird sie kritisch erwähnt, weil Zimmer mit drei Patienten belegt waren.

2. Der Fall in der bundesweiten Debatte

Immer wieder machen Gewalttaten Schlagzeilen, bei denen der Täter psychisch erkrankt ist. Drei Beispiele aus dem vergangenen Jahr:

In **Aschaffenburg** attackierte ein Mann eine Kindergartengruppe mit einem Küchenmesser. Der 28-Jährige tötete einen zweijährigen Jungen und einen Familienvater. Er litt an einer paranoiden Schizophrenie.

Am **Hamburger Hauptbahnhof** stach eine Frau wahllos auf Reisende ein. 15 Menschen erlitten zum Teil erhebliche Schnitt- oder Stichverletzungen. Die Frau hörte Stimmen.

In Mannheim fuhr ein 40-Jähriger mit hohem Tempo am Rosenmontag in die Fußgängerzone. Eine Frau und ein Mann starben, 14 weitere Personen wurden verletzt.

Einzelne Politiker forderten ein Register psychisch kranker „Gefährder“. Ein Vorstoß, den die Präsidentin der Bundespsychotherapeutenkammer als „rückständige und stigmatisierende Schaufensterpolitik“ bezeichnete. Konsequente Prävention wäre hilfreicher. Diese scheitere an organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Grenzen.